

# Food & Drink

Newsletter – EU, Österreich, Deutschland, Schweiz

März 2013

1. EuGH zu gesundheitsbezogenen Aussagen
1. **Österreich**  
Ordnungsgemäße Kennzeichnung von Lebensmitteln
2. Pferdefleisch-Skandal
3. **Schweiz**  
Pferdefleisch-Skandal
4. Revision der Verjährungsbestimmungen im Gewährleistungsrecht
4. Übernahme der EU-Liste der zulässigen Health Claims
4. **Deutschland**  
Mineralwasser kann Bio sein
5. Erfahrungen mit dem neuen Verbraucherinformationsgesetz
5. BSE-Tests in Deutschland weiterhin verpflichtend
6. Team Food & Drink

## Europäische Union

### Wein darf nicht „bekömmlich“ sein – EuGH zu gesundheitsbezogenen Angaben

Der Europäische Gerichtshof („EuGH“) hat entschieden, dass Wein nicht mit der Bezeichnung „bekömmlich“ gekennzeichnet werden darf. Der Gerichtshof sieht in dieser Bezeichnung eine gesundheitsbezogene Angabe, die verboten ist. Das deutsche Bundesverwaltungsgericht hatte dem EuGH die Frage vorgelegt, ob ein Wein, der eine besonders milde Säure hat, als „bekömmlich“ bezeichnet werden dürfe. Dies hat der EuGH nun verneint. Es ist nach dem Unionsrecht verboten, für Getränke mit einem Alkoholgehalt von mehr als 1,2 Volumenprozent mit gesundheitsbezogenen Angaben zu werben. Die Bezeichnung „bekömmlich“ war im dem EuGH vorliegenden Fall mit einem Hinweis verbunden, dass der Gehalt an Säure reduziert sei. Hiermit werde eine leichte Verdaulichkeit und Aufnahme des Weins suggeriert. Dies impliziere zugleich, so der Gerichtshof, dass der Verzehr anderer Weine eine negative Auswirkung auf das Verdauungssystem und damit auf die Gesundheit habe. Für eine gesundheitsbezogene Angabe reiche es jedoch aus, dass die bloße Erhaltung eines guten Gesundheitszustand suggeriert werde, es müsse darüber hinaus nicht zwingend eine Verbesserung des Gesundheitszustands erreicht werden. Darüber hinaus sei hier nicht nur der Vergleich mit anderen, mehr Säure enthaltenden und damit gesundheitsschädlicheren Weinen vorzunehmen. Denn es komme nicht auf eine flüchtige Auswirkung an, also nicht punktuell auf den Verzehr des Weins, sondern auf die nachhaltigen Auswirkungen bei häufigem Verzehr von Wein. Unter Berücksichtigung dieser Punkte, dürfe ein Wein mit milder Säure nicht mit „bekömmlich“ beworben werden.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

**Mag. Alexander Stoltzka**  
Partner  
+43 (1) 51620 150  
[a.stoltzka@eversheds.at](mailto:a.stoltzka@eversheds.at)

[www.eversheds.at](http://www.eversheds.at)

## Österreich

### Ordnungsgemäße Kennzeichnung von Lebensmitteln

**(Unabhängiger Verwaltungssenat des Landes Oberösterreich  
VwSen-240929/2/Gf/Rt)**

Über einen Unternehmer wurde erstinstanzlich eine Verwaltungsstrafe verhängt, da die nach der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung verpflichtenden Angaben von einer abziehbaren Folie verdeckt waren. Die Abziehfolie war mit dem Hinweis "hier auffalten" versehen.

Hinsichtlich der strittigen Rechtsfrage, ob durch die Abziehfolie keine ordnungsgemäße Kennzeichnung mehr vorlag, hatte der UVS zu entscheiden. In seiner das Straferkenntnis aufhebenden Entscheidung führte der UVS aus, dass die Abziehfolie einer Aufforderung zum Umblättern gleichkommt. Die in der LMKV Verordnung genannten Kennzeichnungselemente müssen jeweils in gleicher Weise sowohl gut lesbar als auch an gut sichtbarer Stelle angebracht

sein. Es liegt daher auf der Hand, dass diese beiden Ansprüche jeweils nur im Wege einer situationsangepassten Kompromisslösung Rechnung getragen werden kann. Insbesondere die Größe der Verpackung ist in diesem Zusammenhang entscheidend.

Als Resumé kann man sagen, dass es mehrere Möglichkeiten gibt, den Vorschriften der LMKV gerecht zu werden. Entscheidend ist nämlich die Abwägung zwischen guter Sichtbarkeit einerseits und guter Positionierung der Kennzeichnungselemente andererseits.

## **Der Pferdefleisch-Skandal**

### **Was muss auf der Verpackung von fleischhaltigen Nahrungsmitteln stehen?**

Der Pferdefleisch-Skandal hält Behörden, Nahrungsmittelindustrie und Handel auf Trab. Die Betroffenheit bei den Konsumentinnen und Konsumenten ist gross, nicht nur was die Anzahl der involvierten Länder betrifft. Einmal mehr zeigt sich die Anfälligkeit der immer komplexer werdenden Warenflüsse.

In diesem Zusammenhang stellt sich die zwangsläufige Frage, was tatsächlich auf der Verpackung von fleischhaltigen Nahrungsmitteln stehen muss.

Egal ob Fertiggericht oder fertig abgepackt, alle verpackten Lebensmittel sind in Österreich nach den Bestimmungen der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung zu kennzeichnen. Diese sieht vor, dass bestimmte Informationen auf der Verpackung bzw. dem Etikett verpflichtend angegeben werden müssen. Dazu gehören auch sämtliche Zutaten, die bei der Herstellung einer Ware verwendet wurden. Enthält ein Fertiggericht beispielsweise Pferdefleisch, so ist dies selbstverständlich auch auf der Verpackung anzugeben. Anders verhält es sich mit der zwar oft geforderten aber gesetzlich nicht verpflichtenden Herkunftsangabe. Denn nur, wenn der Verbraucher bei Fehlen einer solchen Angabe offensichtlich über die Herkunft irren würde, ist eine solche Angabe erforderlich. Ansonsten besteht eine solche Verpflichtung nicht.

### **Wer haftet nun eigentlich, wenn Pferdefleisch als Rindfleisch getarnt am Teller landet?**

Wird Pferdefleisch bewusst als Rindfleisch ausgegeben und verkauft, stellt dies eine Straftat, nämlich gewerbsmäßigen Betrug dar. Das österreichische Strafgesetzbuch sieht in den schlimmsten Fällen hierzu Freiheitsstrafen von bis zu 10 Jahren vor. Dies trifft aber nur den Betrüger; also jenen in der Handelskette, der bewusst täuscht bzw. bewusst die falsch deklarierte Ware vertreibt. Wer jedoch bloß unwissentlich falsch gekennzeichnete Lebensmittel vertreibt, ist nicht gleich ein „Betrüger“ im strafrechtlichen Sinn. Trotzdem treffen auch denjenigen (bspw. den Handel) gewisse Pflichten; wie bspw. nach dem Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz (LMSVG). So ist jeder Lebensmittelunternehmer verpflichtet, die lebensmittelrechtlichen Anforderungen durch Eigenkontrollen zu überprüfen. Ziel ist es, potentielle Risiken abzuwehren und Verstöße gegen das Lebensmittelrecht hintanzuhalten. Werden Eigenkontrollen vernachlässigt, so drohen Geldstrafen von bis zu EUR 20.000,00. Unwissenheit schützt also nicht (immer) vor Strafe.

## Schweiz

### Der Pferdefleisch-Skandal

In der Schweiz ist die Pflicht zur Selbstkontrolle einer der wichtigsten Grundsätze des Lebensmittelgesetzes. Auch wenn die falsch deklarierten Produkte keine Gesundheitsgefährdung darstellen, ist die damit verbundene Täuschung geeignet, den guten Ruf eines Unternehmens und seiner Marken zu schädigen.

Produkthaftung, Rückrufe, Versicherungs- und Haftungsfragen im Zusammenhang mit falsch gekennzeichneten Produkten sind eine grosse Belastung für die Unternehmen und die internen Ressourcen. Die „Sector Group Food and Drink“ von Eversheds verfügt über langjährige Erfahrung, wie mit einer solchen Herausforderung umgegangen werden kann, zum Beispiel:

- regelmässige Überprüfung und Überwachung der Verträge und Spezifikationen mit den Lieferanten;
- die Möglichkeit, externe Untersuchungen von Warenproben via einen Anwalt einzufordern (damit man sich auf das Anwaltsgeheimnis berufen kann);
- Führen eines Logbuchs über alle Vorkehrungen und Massnahmen, inklusive dem damit verbundenen Arbeitsaufwand, zwecks späterer Geltendmachung von Schadenersatzforderungen oder Versicherungsleistungen;
- Umgang und Nutzung von Social Media;
- „Do's and Don'ts“ bei der Kommunikation intern und extern.

Weitere Informationen unter

<http://www.eversheds.com/global/en/where/europe/switzerland/sectors/food-and-drink/index.page>

### Revisionen im Bereich Lebensmittelrecht: Eröffnung des Anhörungsverfahrens

Mitte Dezember 2012 wurde das Anhörungsverfahren für verschiedene Revisionen im Bereich Lebensmittelrecht eröffnet, die bis Mitte März 2013 dauert. Ziel der Anpassungen ist es, unterschiedliche Regelungen infolge der Inkraftsetzung der EU Verordnung über die Verbraucherinformation (LKIV) zu vermeiden, die zu Handelshemmnissen führen können.

Die wichtigsten Änderungen betreffen:

- die Kennzeichnung von Aromen und insbesondere die Verwendung des Begriffs „natürlich“ sowie die Reihenfolge der Nährwertkennzeichnung. Diese Kennzeichnung wird jedoch wie bisher für im Inland verkaufte Produkte nicht zwingend sein, sofern keine nährwert- oder gesundheitsbezogenen Angaben gemacht werden. Die in der Schweiz etablierten Begriffe „Nahrungsfasern“ und „Energiewert“ werden als synonym zu „Ballaststoffe“ bzw. „Brennwert“ definiert. Die Gattungen der Zusatzstoffe, inklusive Aromen, werden aus der LKIV übernommen.
- Energy Drinks (bisher „Speziallebensmittel“) und konzentrierte Energy Drinks (bisher „Ergänzungsnahrung“) sollen dem Verkehrsgebrauch entsprechend neu als „übliche Fertiggetränke“ gelten und in die Verordnung über alkoholfreie Getränke integriert werden.
- die besonderen Kennzeichnungsvorschriften über Alcopops, d.h. die Verpflichtung zum Anbringen des Hinweises „alkoholhaltiges Süssgetränk“ werden aufgehoben. Der Alkoholgehalt dieser Getränke muss zwingend nach der revidierten Verordnung über alkoholische Getränke angegeben werden.
- die Totalrevision der Zusatzstoffverordnung.

## Revision der Verjährungsbestimmungen im Gewährleistungsrecht (OR)

Per 1. Januar 2013 gelten die revidierten Verjährungsbestimmungen im Kauf- und Werkvertragsrecht, mit der Absicht, eine Angleichung an die Europäischen Vorschriften zu erreichen. Rechtsansprüche des Käufers einer Sache (resp. Bestellers eines Werkes) wegen Mängeln verjähren neu (grundsätzlich) erst zwei Jahre nach Ablieferung (resp. Abnahme). Wird diese Sache (resp. dieses Werk) bestimmungsgemäss in ein unbewegliches Objekt integriert und verursacht es dort aufgrund eigener Mängel einen Mangel am unbeweglichen Objekt, so beträgt die Gewährleistungsfrist neu sogar fünf Jahre. Sofern es sich um einen Konsumentenvertrag (B2C) handelt und der Verkäufer im Rahmen seiner beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit handelt, können die Parteien die Verjährungsfristen vertraglich nicht kürzen (ausser bei Gebrauchsgütern, bei welchen eine Kürzung bis auf ein Jahr möglich ist). Sofern es sich um einen Vertrag zwischen Händlern (B2B) handelt, können die Parteien die Verjährungsfristen vertraglich beliebig im Rahmen der sonstigen gesetzlichen Normen kürzen.

## Übernahme der EU-Liste der zulässigen gesundheitsbezogenen Angaben (Health Claims)

Nachdem die EU im Mai 2012 mit der VO 432/2012 eine Liste mit den ersten 222 zugelassenen gesundheitsbezogenen Angaben publiziert hat (ABI L 136 vom 25.5.2012) hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) wie angekündigt Anhang 8 der LKV entsprechend angepasst und auf den 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt. Neu aufgenommen wurde dabei auch eine zulässige Auslobung für Lebensmittel als Schlankheitsmittel. Bisher waren in der Schweiz Auslobungen als Schlankheitsmittel generell verboten.

Beim Anhang 8 handelt es sich um eine Positivliste, d.h. andere als die in Anhang 8 aufgeführten sind nicht mehr zulässig. Nach bisherigem Recht zugelassene Claims dürfen noch bis zum 31. Dezember 2013 verwendet werden.

## Deutschland

### Mineralwasser kann „Bio“ sein

Der Bundesgerichtshof hat sich mit der Frage auseinander gesetzt, ob ein natürliches Mineralwasser als „Biomineralwasser“ bezeichnet werden darf und dies bejaht (BGH, Urteil vom 13.09.2013, Az.: I ZR 230/11). Anders als für landwirtschaftliche Erzeugnisse gibt es zwar keine gesetzlichen Regelungen für Mineralwasser, wann die Bezeichnung „Bio“ verwendet werden darf. Daraus folge jedoch nicht, so der BGH, dass es irreführend sei, ein Mineralwasser „Biomineralwasser“ zu nennen. Die Wettbewerbszentrale konnte sich mit ihrer Argumentation, dass der Verkehr mit „Biomineralwasser“ Qualitätsmerkmale verbinde, die für ein natürliches Mineralwasser bereits gesetzlich vorgeschrieben seien, nicht durchsetzen. Der Bundesgerichtshof geht davon aus, dass es nicht selbstverständlich sei, dass ein Mineralwasser die gesetzlichen Grenzwerte für Rückstände und Schadstoffe erheblich unterschreite. Wenn dies jedoch der Fall ist, ein Mineralwasser also besonders rein ist, so sei die Bezeichnung „Biomineralwasser“ nicht irreführend. Freilich darf diese Angabe die Verkehrsbezeichnung nach der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung, im vom BGH zu entscheidenden Fall also die Bezeichnung „natürliches Mineralwasser“, nicht ersetzen. „Biomineralwasser“ darf aber zusätzlich neben dieser Verkehrsbezeichnung verwendet werden.

### **Erste Erfahrungen mit dem neuen Verbraucherinformationsgesetz**

Das novellierte Verbraucherinformationsgesetz ist nun ein paar Monate alt (in Kraft getreten zum 01.09.2012) und bleibt, wie erwartet, nach wie vor umstritten. Insbesondere foodwatch und die Deutsche Umwelthilfe sind mit Kritik an der Handhabung des Gesetzes aufgefallen. Die Behörden können verlangen, dass ihnen ab einem Aufwand von über EUR 1.000 der tatsächlich entstandene Aufwand ausgeglichen wird. Nach Angaben von foodwatch habe eine Behörde EUR 80.000,00 veranschlagt, um Informationen zu Vorgängen aus dem Jahr 2011 zu erhalten und ihre Bearbeitungszeit hierfür auf 2 Jahre geschätzt. Dies zeigt, dass das neue Gesetz nicht nur für die Industrie unbefriedigend sein kann.

### **In Deutschland bleiben BSE-Tests weiterhin verpflichtend**

Das EU-Recht schreibt ab dem Jahr 2013 keine BSE-Tests mehr vor. Die Mitgliedstaaten dürfen jedoch weiterhin an BSE-Tests festhalten. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat nun erklärt, dass es weiterhin an verpflichtenden BSE-Tests festhalten werde. Das Testalter gesund geschlachteter Tiere wird allerdings von 72 auf 96 Monate angehoben. Das heißt, dass alle Rinder, die bei ihrer Schlachtung älter als acht Jahre sind, auch dann auf BSE getestet werden, wenn sie vor der Schlachtung keinerlei Krankheitssymptome gezeigt haben. Es wird erwartet, dass die neuen Regelungen noch in der ersten Jahreshälfte in Kraft treten werden.

## Team „Food & Drink“

### Unsere RechtsexpertInnen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz



**Mag. Alexander Stoltzka**

Partner – Eversheds, Wien

Alexander Stoltzka betreut nationale und internationale Handels- und Industrieunternehmen aus dem Anlagen- und Konsumgüterbereich.

Tel: +43 1 51620 150

E-Mail: [a.stoltzka@eversheds.at](mailto:a.stoltzka@eversheds.at)



**Dr. Alexandra Bergmann, LL.M.**

Partnerin – Heisse Kursawe Eversheds, München

Alexandra Bergmann ist auf Prozessführung im Gewerblichen Rechtsschutz, insbesondere im Marken-, Wettbewerbs-, Urheber-, Geschmacksmuster- sowie Medienrecht spezialisiert. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt auf der Pharma- und Kosmetik-, Mode-, Möbel- sowie Film- und Werbeindustrie und Unternehmen auf dem Kapitalmarkt.

Tel: +49 89 545 65 262

E-Mail: [alexandra.bergmann@eversheds.de](mailto:alexandra.bergmann@eversheds.de)



**Dr. Leonz Meyer, LL.M.**

Managing Partner – Eversheds, Zürich  
Gründungspartner

Anwaltliche Tätigkeit in Brüssel und London, langjähriger Partner bei einer der größten Schweizer Wirtschaftskanzleien, Verwaltungsrat verschiedener Schweizer Gesellschaften, Beiräte und Aufsichtsräte österreichischer Unternehmen.

Tel: +41 44 204 90 90

E-Mail: [leonz.meyer@eversheds.ch](mailto:leonz.meyer@eversheds.ch)

Diese Veröffentlichung hat den Stand März 2013. Die darin enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und ohne vorherige Beratung im Einzelfall nicht als Entscheidungsgrundlage geeignet. Insbesondere ersetzen sie keine rechtliche Beratung im Einzelfall. Für die Vollständigkeit und Richtigkeit der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen wird keine Haftung übernommen.

Eversheds | Stoltzka & Partner Rechtsanwälte OG mit Sitz in Wien ist im Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien unter FN 279 030p 1 eingetragen.

Alle Kanzleien sind Mitglieder von Eversheds International Limited.